



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Dr. André Hahn, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117
FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 14 September 2017

BETREFF **Schriftliche Fragen Monat September 2017**
HIER **Arbeitsnummern 9/56,57**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesenen schriftlichen Fragen übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Hans-Georg Engelke

Schriftliche Fragen des Abgeordneten Dr. André Hahn
vom 7. September 2017
(Monat September 2017, Arbeits-Nr. 9/56, 57)

Fragen

1. *Inwieweit kann die Bundesregierung den in den DNN (Dresdner Neueste Nachrichten) vom 5. September 2017 unter der Überschrift "Aufregung um Schülerprojekt mit Innenminister de Maizière" dargestellten Ablauf eines Planspiels mit Schülern in Berlin bestätigen, und welche Gründe gibt es aus Sicht der Bundesregierung, an Protestaktionen gegen Nazis teilzunehmen bzw. nicht teilzunehmen?*
2. *An welchen Protestaktionen gegen Nazis und weiteren Aktivitäten gegen rechte Gewalt hat Dr. Thomas de Maizière als Mitglied der Bundesregierung teilgenommen, und welche Mahn- und Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus/Nationalsozialismus hat er in seiner Amtszeit als Mitglied der Bundesregierung besucht?*

Antworten

Zu 1.

Im Rahmen seines Besuchs des Projektes "Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart" der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen am 4. September 2017 traf Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière eine Schülergruppe aus Bad Hersfeld, die sich in einem Seminar mit Ideologie, Strukturen und Aktionsformen des Linksextremismus auseinandergesetzt hatte. Innerhalb eines Rollenspiels sollten die Schülerinnen und Schüler am Beispiel einer größeren rechtsextremen Kundgebung eine von drei vorgegebenen Positionen hierzu einnehmen und diskutieren. Zur Auswahl standen folgende drei Verhaltensoptionen:

1. Gegendemonstration mit möglicher Gewaltanwendung gegen Polizei und Gegendemonstranten;
2. friedliche Gegendemonstration ohne jegliche Gewalt;
3. gar keine Demonstration gegen die rechtsextreme Kundgebung.

Dabei vertreten weder die Schülerinnen und Schüler zwingend selbst persönlich die eingenommene Position, noch hat der Bundesminister des Innern vor den Schülern eine der Positionen eingenommen oder die Teilnehmer von einer dieser Positionen überzeugen wollen.

Gleichwohl obliegt die Entscheidung über die Teilnahme an friedlichen Kundgebungen und Protestaktionen selbstverständlich jedem Bürger selbst. Es ist nicht Aufgabe der Bundesregierung, hierzu bestimmte Positionen zu propagieren.

Zu 2.

Bei der Auseinandersetzung mit und der Bekämpfung von Rechtsextremismus verfolgt der Bundesminister des Innern entsprechend der Vielschichtigkeit des Phänomens einen mehrdimensionalen Handlungsansatz mit präventiven und repressiven Elementen. In der Präventionsarbeit setzt der Bundesminister des Innern dabei auf Programme und Maßnahmen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und erhalten. Die wichtigsten Elemente dieses Politikansatzes bilden:

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zählt zu den Schwerpunktbereichen der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Angeboten wird ein umfassendes Spektrum an Bildungsformaten insbesondere zu den Themen Menschenrechte, Rassismus, Antisemitismus, zu Fragen der Migration und Integration wie auch zu den verschiedenen Erscheinungen des Rechtsextremismus. Die Mittel für die Extremismusprävention wurden seit dem Jahr 2013 für die Bundeszentrale für politische Bildung und die von ihr geförderten Träger politischer Bildung kontinuierlich aufgestockt. Die Maßnahmen der Bundeszentrale umfassen neben Zuwendungen und Förderungen von Bildungsträgern in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus und extremistische Verhaltensweisen Print- und Online-Angebote sowie Veranstaltungen und diskursive Social Media Formate. Zu den Zielgruppen der Angebote gehören neben interessierten Bürger/-innen auch sogenannte politikferne Zielgruppen. Im Jahr 2013 wurden bei der BpB im Themenbereich Rechtsextremismus 24 Maßnahmen mit Haushaltsmitteln in Höhe von 1.621.548,58 Euro durchgeführt. Im Jahr 2014 wurden 48 Maßnahmen mit Haushaltsmitteln in Höhe von 3.954.773,06 Euro durchgeführt, im Jahr 2015 waren es 29 Maßnahmen mit Haushaltsmitteln in Höhe von 1.637.086,38 Euro und im Jahr 2016 32 Maßnahmen mit Haushaltsmitteln in Höhe von 2.413.918,05 Euro. Laut derzeitigem Planungsstand erfolgen im Jahr 2017 35 Maßnahmen mit einer Planungssumme von 3.692.088,96 Euro.

Das im Jahr 2000 gegründete Bündnis für Demokratie und Toleranz unterstützt gezielt zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz.

Mit dem Programm "Zusammenhalt durch Teilhabe" fördert das Bundesministerium des Innern (BMI) bundesweit Verbände und Vereine in ihren Anstrengungen, das Engagement der Freiwilligen und Hauptamtlichen in den Organisationen auf einer den Werten unserer freiheitlichen Grundordnung entsprechenden Weise zu gestalten. In den Projekten des Programms engagieren sich die Vereinsmitglieder für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in ländlichen oder strukturschwachen Regionen und setzen dabei an den bestehenden Strukturen des zivilgesellschaftlichen Engagements an. Das Fördervolumen beträgt jährlich 12 Mio. Euro. Im Mittelpunkt stehen regional verankerte Vereine, Verbände und deren Mitglieder. Zu den Hauptzielgruppen gehören die Landesverbände des organisierten Sports, der freiwilligen Feuerwehren, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und anderer Helfer- und Wohlfahrtsorganisationen. Ihre Kompetenzen in der Bearbeitung von Konflikten und im Umgang mit diskriminierenden und demokratiefeindlichen Vorfällen werden unterstützt und erweitert. Die Projekte agieren präventiv vor allem im Vorfeld möglicher extremistischer Gefährdungen und schaffen so die grundlegenden Bedingungen für ein gleichwertiges und gewaltfreies Zusammenleben.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 17. Januar 2017 festgestellt hatte, dass die NPD zwar verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, die Voraussetzungen für ein Parteiverbot jedoch nicht vorliegen, hat Herr Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, im Frühjahr diesen Jahres eine Formulierungshilfe für ein inzwischen vom Deutschen Bundestag beschlossenes Gesetz vorgelegt, mit dem verfassungsfeindlichen Parteien die staatliche Finanzierung entzogen werden kann.

Seit dem Jahr 2008 hat der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière folgende Vereinsverbote im Phänomenbereich Rechtsextremismus ausgesprochen:

- Altermedia Deutschland,
- Weisse Wölfe Terrorcrew (WWT)

beide im Jahr 2016.

Zudem erfolgen regelmäßige deutliche öffentliche Warnungen des Bundesministers des Innern vor Rechtsextremismus bspw. bei den jährlichen Pressekonferenzen zur Vorstellung der PMK-Statistik (Politisch motivierte Kriminalität) und PKS (Polizeiliche Kriminalstatistik) oder in Reaktion auf gravierende ausländerfeindliche Gewalttaten.

Zur Versachlichung der Diskussion und als Prävention gegen rechte Gewalt wird regelmäßig eine Lageübersicht zur Kriminalität im Kontext von Zuwanderung veröffentlicht.

Als Bundesminister der Verteidigung (in Vertretung der Bundeskanzlerin) hat Dr. Thomas de Maizière an der Kranzniederlegung am Volkstrauertag 2012 (18. November) und 2013 (17. November) in der Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, Neue Wache Berlin, teilgenommen.

Zu der Gedenkveranstaltung der Bundesregierung anlässlich des 63. Jahrestages des 20. Juli 1944 hat Dr. Thomas de Maizière im Jahr 2007 als Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes während der Feierstunde in der Gedenkstätte Plötzensee die Ansprache sowie anlässlich des 67. Jahrestages des 20. Juli 1944 als Bundesminister der Verteidigung die Begrüßungsansprache im Jahr 2011 gehalten.

Anlässlich des 68. Jahrestages des 20. Juli 1944 in der Gedenkstätte Plötzensee im Jahr 2012 und des 69. Jahrestages des 20. Juli 1944 im Jahr danach im Ehrenhof des Bendlerblocks, hat Dr. Thomas de Maizière als Bundesminister der Verteidigung an der Kranzniederlegung teilgenommen.

Am 3. September 2010 hat Dr. Thomas de Maizière als Bundesinnenminister eine Pressekonferenz zum Start des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ abgehalten.

Im Rahmen des Sommerfests des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ traf der Bundesminister des Innern am 14. Juli 2014 200 Engagierte aus Vereinen und Verbänden, die sich in Projekten gegen Extremismus und Diskriminierung einsetzen. Er übergab fünf über das Programm ausgebildeten Demokratieberaterinnen und Demokratieberatern ihre Abschlusszertifikate. Sie erhielten diese stellvertretend für zahlreiche weitere Engagierte.

Am 5. November 2014 hielt der Bundesminister des Innern eine Rede im Deutschen Bundestag anlässlich des 3. Jahrestages der Aufdeckung des sogenannten NSU.

Am 16. Dezember 2014 fand unter Teilnahme des Bundesministers des Innern das Symposium „Grenzen im politischen Meinungskampf“ statt.

Das Symposium behandelte Grenzen im politischen Meinungskampf bzw. der politischen Werbung auf Wahlplakaten. Hintergrund waren Untersuchungen des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma über ehrverletzende Darstellungen auf Wahlplakaten der NPD. Neben Verfassungsrechtlern haben auch Politikwissenschaftler, Strafrechtler mit rechtsphilosophischen Schwerpunkten sowie Vertreter von „Betroffenengruppen“ (neben Sinti und Roma ggf. auch z. B. Migranten, Homosexuelle), die Ziel von z.T. herabwürdigenden oder zumindest beleidigenden Wahlplakaten waren bzw. sind, teilgenommen.

Im Dezember 2014 hat der Bundesminister des Innern das Projekt zur „Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums des Innern der DDR (Mdi) bzgl. möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur NS-Zeit“ ins Leben gerufen. Es wird vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin durchgeführt. Auf der Tagung „NS-Belastung und politischer Neuanfang. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin“ am 4. November 2015 und auf der Tagung „Getrennte Wege nach dem Nationalsozialismus. Vergleichende Perspektiven auf die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin“ am 26. Juni 2017 wurden Zwischenergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Bundesminister des Innern betonte in seiner Rede, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit elementarer Bestandteil deutscher Erinnerungskultur ist und er weder die Leugnung des Holocaust, noch jegliche Form des Antisemitismus oder Extremismus duldet.

Am 14. März 2016 begrüßte Bundesminister des Innern Vertreterinnen und Vertreter von 13 westdeutschen Verbänden in Berlin und überreicht ihnen Zuwendungsbescheide über jeweils rund 100.000 Euro. Mit der Förderung wollten die Engagierten in ihren Organisationen über Herausforderungen im Zusammenhang mit Flucht und Asyl informieren, eine sachliche und konstruktive Diskussion anstoßen und aktiv für ein tolerantes und offenes Vereinsleben werben.

Am 8. November 2016 nahm Bundesinnenminister Thomas de Maizière (gemeinsam mit Bundesministerin Schwesig) am von BMI und des Bundesministeriums für Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) gemeinsam veranstalteten Demokratiekongress teil. Der Demokratiekongress stellte erste Ansätze der besseren Kooperation der Akteure der beiden Bundesprogramme („Zusammenhalt durch Teilhabe“ des BMI und „Demokratie leben“ des BMFSFJ) und der Träger der politischen Bildung in Umsetzung der ressortübergreifenden Gesamtstrategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung öffentlich dar.

Der Bundesminister des Innern hielt eine Keynote und betonte, dass eine Stärkung unserer Demokratie nicht durch Erziehung der Bürger zu einer Demokratie erreicht werden könne, sondern durch Befähigung zur Teilnahme am diskursiven Austausch durch Maßnahmen der politischen Bildung. Förderprogramme und politische Bildung müssten Hilfe zur Selbsthilfe leisten und den mündigen Bürger in seiner Eigenverantwortung stärken.